

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Umsorgte Konjunkturentwicklung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1963) : Umsorgte Konjunkturentwicklung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 11, pp. 448-455

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133347>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Umsorgte Konjunktzentwicklung

FRANKREICH: Konjunkturlage und Stabilisierungsprogramm

Mehr denn je verfolgt die französische Wirtschaftspolitik das doppelte Ziel, gleichzeitig die Expansion der Produktion und die Stabilität der Preise aufrechtzuerhalten. Man erachtet es für unmöglich, auch nur vorübergehend das Wirtschaftswachstum der Preisstabilität zu opfern, d. h. eine Stagnationsperiode hinzunehmen, weil man davon überzeugt ist, daß die strukturellen Veränderungen in der französischen Wirtschaft zu einigermaßen erträglichen Bedingungen lediglich in einem expansionistischen Klima möglich sind. Außerdem muß der zunehmenden Bevölkerungszahl dank der verstärkten Geburtenjahrgänge der Nachkriegszeit Rechnung getragen werden.

Andererseits ist sich aber die französische Regierung der Tatsache bewußt, daß sie die Expansion auf die Dauer in einem inflationistischen Klima um so weniger aufrechterhalten kann, als Frankreich zunehmend mit der internationalen Wirtschaft verflochten ist und vor allem auf seine Stellung im Gemeinsamen Markt Rücksicht nehmen muß. Die offiziellen Sachverständigen sind übrigens keineswegs Anhänger einer absoluten Preisstabilität; sie nehmen eine relative Inflation recht gelassen hin, allerdings unter der Voraussetzung, daß die französischen Preissteigerungen nicht über „das europäische Maß“ hinausgehen.

Gegen die Krise . . .

Zu Beginn des Herbstes war eine kritische Lage eingetreten. Der französische Vorsprung, der aus der Abwertung von Ende 1958 herrührte, mußte durch die Preisentwicklung weitgehend als beseitigt gelten. Frankreich drohte seine internationale Konkurrenzfähigkeit einzubüßen, wenn es auch nicht ohne weiteres möglich ist, die nach völlig anderen Richtlinien festge-

setzten Exportpreise dem offiziellen Index der Lebenshaltungskosten gleichzusetzen.

Vieles deutet in der Tat darauf hin, daß die französischen Exportpreise weniger in die Höhe gingen als die Lebenshaltungskosten, die nicht zuletzt durch den Dienstleistungssektor und durch die spekulativen Mißbräuche des Binnenhandels beeinflußt werden. Die Regierung fühlte sich jedenfalls Mitte September verpflichtet, den Preissteigerungen einen Riegel vorzuschieben, nicht zuletzt um sich ankündigende neue Forderungen, die das gesamte französische Wirtschaftsgefüge erschüttert hätten, unmöglich zu machen.

. . . mit geschicktem Stabilisierungsprogramm

Sowohl die Gewerkschaften wie die Landwirtschaft hatten die Absicht, zugunsten höherer Löhne und Preise einen beachtlichen Druck auszuüben. Die Veröffentlichung des Stabilisierungsprogrammes, das aus einer großen Zahl von organisch kaum miteinander verbundenen Maßnahmen — die nur teilweise die Preise betreffen — zusammengesetzt ist, sollte vor allem den verschiedenen Interessengruppen zu verstehen geben, daß sie in den kommenden Monaten keine Zugeständnisse zu erwarten haben und daher ihre Kraft vergeuden, wenn sie großzügige Aktionen inszenieren.

Der der Industrie auferlegte Preisstopp soll die Betriebe an einer großzügigen Lohnpolitik hindern, während die Regierung aus taktischen Gründen geschickt genug war, keinen Lohnstopp zu verordnen. Sie ließ lediglich ihre eigenen Beamten und Angestellten wissen, daß man bis zum Frühjahr über vierteljährliche Aufbesserungen von 1% nicht hinausgehen wird. Das einzige Zugeständnis ist eine ursprünglich im Programm nicht vorgesehene Aufbesserung der Beam-

tenbesoldung um 1%, die durch Einsparungen im Staatshaushalt ausgeglichen werden muß. Die Landwirtschaft wurde in dem französischen Stabilisierungsprogramm nicht erwähnt. Sie hat dieses Schweigen jedoch sehr gut verstanden; sie muß sich mit den alten Preisen zufriedengeben.

Vielleicht der wichtigste Punkt des Stabilisierungsprogrammes ist der Beschluß, die lokale Umsatzsteuer, die bisher die größte Quelle des Steuerbetruges war, zu beseitigen und hiermit die steuerliche Gleichberechtigung der Warenhäuser und Filialbetriebe — sie unterlagen bei der lokalen Umsatzsteuer einem höheren Steuersatz — herzustellen. Folgt das Parlament dem Antrag der Regierung, was wahrscheinlich ist, dann können die Warenhäuser und Filialbetriebe ihre Preise um etwa 2% senken und den Kleinhandel einem stärkeren Konkurrenzdruck aussetzen.

Ohne Zweifel ist Frankreichs Stabilität langfristig viel stärker bedingt durch die Rationalisierung des Warenverteilungsapparates unter Beseitigung unzulässiger Mißbräuche als durch die Lohnpolitik. Es ist kein Zeichen der wirtschaftlichen Gesundheit, wenn während der letzten Jahre der Anteil des Handels am Volkseinkommen ständig zunahm.

Zeit gewinnen . . .

Die französische Regierung will vor allem Zeit gewinnen, ohne die Expansion der Wirtschaft einzuschränken. Sie rechnet damit, daß in den anderen westlichen Ländern die Preise in den kommenden Monaten ansteigen. Gelingt es ihr, die Preise im eigenen Lande bis zum Frühjahr stabil zu halten, dann sichert sie sich für die Konkurrenzfähigkeit ihrer Wirtschaft eine nicht unwichtige Spanne. Hinzu kommt die Hoffnung auf die schrittweise Reorganisation des Handels und auch auf die Entspannung des Arbeitsmarktes durch das verstärkte Angebot der Geburtenjahrgänge der Nachkriegszeit.

Schon lange ist bekannt, daß die Zeitspanne zwischen 1962 und 1965 aus strukturellen Gründen für die Stabilität der französischen Wirtschaft besonders kritisch ist. Unter diesen Umständen vermag der Stabilisierungsplan seine Aufgabe als Zwischenlösung zu erfüllen, unter der Voraussetzung, daß die Regierung bis auf weiteres allen Lohnforderungen gegenüber hart bleibt, was offensichtlich ihrer Absicht entspricht, und daß sie im Frühjahr außerdem der Landwirtschaft nur in bescheidenen Grenzen entgegenkommt, was ihr bereits wesentlich schwerer fallen dürfte.

... bedeutet Chancen fürs Wachstum

Inzwischen nimmt die wirtschaftliche Entwicklung einen weitgehend befriedigenden Verlauf. Die Wachstumsrate dürfte dieses Jahr 5% erreichen, so daß unter Berücksichtigung des 1962 verwirklichten Vorsprungs das Planungsziel ungefähr und global erfüllt wird. Die letzten Rundfragen bei der Industrie lassen bis zum Jahresende und teilweise auch für das kommende Frühjahr einen ausgesprochenen Optimismus erkennen. Soweit Befürchtungen hinsichtlich des Exportgeschäftes bestehen — wobei

es sich keineswegs um eine allgemeine Erscheinung handelt —, sind die Industriellen des notwendigen Ausgleichs durch ein besseres Inlandsgeschäft gewiß.

Die Außenhandelsentwicklung ist ihrerseits keineswegs beunruhigend, wenn auch die Einfuhren schneller steigen als die Ausfuhren, was bei einem lange Zeit streng protektionistisch ausgerichteten Land nicht zu überraschen braucht. Wichtig ist jedenfalls, daß sich die Ausfuhr weiterhin auf einer steigenden Linie bewegt und z. B. die französische Produktionsgüterindustrie in ihren Exportbemühungen nicht durch zu hohe Preise gehindert wird, sondern eher durch zu ungünstige Kreditbedingungen, die nunmehr dank einer Intervention der Regierung verbessert werden sollen.

Bemerkenswert ist schließlich, daß der in der letzten Zeit ungesund gewordene Zahlungsbilanzüberschuß bei einem bereits erreichten Devisenpolster von über 4,3 Mrd. \$ nach erheblicher Verringerung der Auslandsschulden neuerdings einer nahezu ausgeglichenen Lage Platz macht, ohne daß größere Fehlbeträge erwartet zu werden brauchen. (fr.)

ITALIEN: Sorgenkind Konjunktur

Die seit einiger Zeit an Tonstärke zunehmende Konjunkturdiskussion hat Anfang Oktober bei Ankündigung von offiziellen Konjunkturmaßnahmen ihren Höhepunkt erreicht. Keine Zeitung, die nicht den Titel ihrer „Glosse zur Wirtschaftslage“ in Fettdruck, kein Parlamentarier, der sich nicht mit bewegten Worten zu dieser Problematik geäußert hätte. Inzwischen sind die Wogen allerdings bereits wieder abgeklungen.

Politische Unsicherheit . . .

Worum ging es? Seit nicht ganz zwei Jahren machen sich in der italienischen Wirtschaft Spannungen bemerkbar, die in einem beängstigend anwachsenden Außenhandelsdefizit sowie in einem erheblichen Anstieg des Lohn- und

Preisniveaus ihren Niederschlag finden. Die letzte Regierung Fanfani hatte die Inflationstendenzen zuerst zu bagatellisieren und anschließend durch erhöhte Einfuhren einzudämmen versucht. Ihre Bemühungen blieben jedoch erfolglos! Die Lohn-Preis-Spirale, nach Ansicht des Gouverneurs der Banca d'Italia vor allem durch übermäßige Lohnsteigerungen und eine damit verbundene Konsumwelle in Gang gebracht, hat sich weiterentwickelt. Durch die in den Kollektivverträgen vereinbarten Indexlöhne pflanzt sich jede Preissteigerung auf das Lohngefüge wellenartig fort. Entsprechend nehmen die Lohnkosten zu. Auch infolge eines wachsenden Steuerdrucks sehen die Unternehmer sich zu einer Beschränkung ihrer Investitionen ge-

zwungen, während ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten abnimmt.

Dieser Entwicklung sollte Einhalt geboten werden. Die Regierung Leone sah sich vor einigen Wochen zum Eingreifen gezwungen. Als Interimsregierung fühlte sie sich allerdings nicht dazu berechtigt, einschneidende Maßnahmen zu ergreifen; diese wollte sie ihrer Nachfolgerin überlassen. Ihr ging es lediglich darum, dort Dämme zu bauen, wo der Strom zu reißend zu werden drohte.

Das Paket der von ihr vorgesehenen Maßnahmen enthält unter anderem die Forderung auf Beschränkung der öffentlichen Ausgaben, die Wiedereinführung der 1956 zeitweise ergriffenen investitionsfördernden Maßnahmen in der Industrie, Kredite zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, eine Erhöhung des Umsatzsteuersatzes für Luxusartikel wie Pelze, Diamanten usw., die Erschwerung der Ratenkäufe und nicht zuletzt die Festlegung von Höchstsätzen für Mieterhöhungen bei den Nicht-Altbauwohnungen. Ergänzend hat die Banca d'Italia die Kreditbremse gezogen.

... bestimmte weitgehend Inflationbekämpfung

Das Maßnahmenbündel weist einen ausgesprochen provisorischen Charakter auf. Es bedarf Ergänzungsmaßnahmen, um zu einem organischen Gebilde mit Durchschlagskraft und Erfolgchancen zu werden. Ob diese von der nächsten Regierung verfügt werden, weiß man nicht. Die Erfahrung lehrt allerdings, skeptisch zu sein. Es läßt ferner Widersprüche erkennen: Auf der einen Seite steht das Bemühen auf Beschränkung der Ausgaben für den Verbrauch, um die zur Verfügung stehenden Gelder in die produktiven Anlagen zu leiten. Andererseits soll der soziale Wohnungsbau durch Abzweigung von Mitteln aus dem Staatshaushalt gefördert werden, wodurch der Bau-sektor mit seinen inflationsstimulierenden Wirkungen sich weiter erhitzt. Das Bündel der Maßnahmen enthält eine soziale Note und hat dirigistische Züge.

Daß ein in seinen Zielsetzungen derart „scheckiges“ Programm niemanden zufriedenstellen würde, war vorauszusehen. Von allen Seiten ist es angegriffen und für unzureichend erklärt worden. Die Linkspresse hat sich zum Beschützer der Einzelhandels- und Kleinverbraucherinteressen aufgeworfen; sie läuft gegen eine Beschränkung der Ratenkäufe Sturm; durch diese Maßnahme erleide überdies die Verbrauchskonjunktur einen entscheidenden Schlag — eine Ansicht, die auch vom linken Flügel der Democrazia Cristiana geteilt wird. Bezeichnend ist allerdings, daß niemand über das Volumen der Ratenkäufe Bescheid weiß. Weder vom Statistischen Zentralamt, noch von der Bankenseite wird eine Statistik darüber geführt. Von der kommunistischen Tageszeitung „Unità“ werden sie für 1960 mit 570 Mrd. Lire und für 1963 mit 1000 Mrd. Lire angegeben. Doch auf Schätzungen könne man sich nicht verlassen, heißt es, zumal wenn sie von der Seite kommen.

Zeitungen wie der konservative „Corriere della Sera“ sowie „24 ORE“, die die Industrieinteressen vertreten, bezeichnen die Maßnahmen als „ein wenig schüchtern“, wenn sie auch auf eine zutreffende Diagnose schließen ließen. Die Regierung habe wohl auch davon absehen wollen, so wird argumentiert, indirekt ein schlechtes Licht auf ihre Vorgängerin zu werfen; darum greife sie nun zu „kleinen Mitteln“, die lediglich „für die Optik“ seien, also zu einem Pflaster, wo eigentlich ein operativer Eingriff erforderlich gewesen wäre.

Expansionschancen warten auf Initiative

Was ist für die Zukunft zu erwarten? Es ist wohl anzunehmen, daß eine Beschneidung des Kreditvolumens ein Anwachsen des Geldumlaufs verhindern wird. Ob Italien allerdings den Anschluß an die zur Zeit in der EWG anlaufende Konjunkturwelle findet, ist bei dem derzeitigen Schwund seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit im Ausland mit Vorbehalt zu beurteilen. Aber Italien ist ja nach dem Krieg in konjunktureller Hinsicht überhaupt eigene Wege gegangen.

Wenn das Preisgleichgewicht gestört ist, dauert seine Wiederherstellung zumeist einige Zeit. Ob die nächste Regierung — wohl des linken Zentrums — eine straffere Preispolitik führen wird, bleibt abzuwarten. Es dürfte aber kaum damit zu rechnen sein, daß sie aus „abstrakten“ volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus irgendwelche unpopulären Maßnahmen zu ergreifen gewillt ist. Das wirtschaftspolitische Instrumentarium wird wohl auch weiterhin „pragmatisch“ gehandhabt werden.

Vom Vertrauen in die Lira ist in den letzten Wochen häufig die Rede gewesen, offenbar, weil es im Schwinden begriffen ist. Es ist sogar das Gerücht aufgetaucht, daß die italienischen Währungsbehörden an eine vorübergehende Aufhebung der Lira-Konvertibilität denken. Zwar ist die Kapitalflucht zum Teil auch auf eine ungeschickte Aktiensteuergesetzgebung zurückzuführen, die indirekt auf eine Nominativität der Wertpapiere hinausläuft; ein Teil des Fluchtkapitals ist demnach unter ausländischer Fahne nach Italien zurückgeflossen. Teilweise will man aber auch sein Geld vor Inflation und Staat in Sicherheit bringen. Nachdem die Regierung und die Zentralbank die Öffentlichkeit über den weiterhin guten Gesundheitszustand der Lira beruhigt haben, ist nun wieder eine gewisse Beruhigung der Lirakurse auf den ausländischen Devisenmärkten eingetreten.

SCHWEDEN: Die „guten Zeiten“ werden zum Problem

Generaldirektor Bertil Olsson, der Chef der schwedischen Arbeitsmarktbehörde (Arbetsmarknadsstyrelsen), traf vor kurzem anlässlich einer Konferenz des Verkaufs- und Reklameverbandes eine über Schweden hinausgehende und allgemein interessierende Feststellung. Der Generaldirektor meinte, daß unter den heutigen Verhältnissen Abschwächungen der Konjunktur den verantwortlichen Stellen nicht mehr Kopfzerbrechen zu verursachen pflegen, sondern daß vielmehr der Aufschwung und die Verbesserung der Konjunktur ein

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, daß die italienische Wirtschaft sich auch heute noch im Aufschwung befindet. So wird für dieses Jahr die industrielle Produktionszunahme auf über 8% geschätzt. Trotz der infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse rückläufigen landwirtschaftlichen Erzeugung, läßt sich also mit einer Zunahme des Bruttosozialprodukts von 4 bis 4,5% rechnen. Sicher, durch die Teuerungswelle ist viel „Konjunkturporzellan“ zerschlagen worden. Man wird so lange Rückschläge auf den Weltmärkten in Kauf nehmen müssen, bis die Preise in den anderen Ländern nachgezogen haben. Es wäre aber falsch, die immer noch starken Auftriebskräfte innerhalb der italienischen Wirtschaft zu unterschätzen.

Es dürfte nicht wenig von der künftigen politischen Entwicklung abhängen, ob den Expansionskräften die Möglichkeit zur Entfaltung geboten wird. Den italienischen Unternehmern kommt auf jeden Fall ihre hervorragende Anpassungsfähigkeit sowie ein gewisses Beharrungsvermögen auf den von ihnen errungenen Stellungen zugute. Daß sie in den letzten Jahrzehnten immer wieder auf die Füße gefallen sind, berechtigt zur Zuversicht. Der Verfasser des Bestsellerromans „Der Leopard“ formuliert diese Feststellung (überspitzt?) folgendermaßen: „In Italien muß alles anders werden, damit alles beim alten bleibt.“ (G. F.-H.)

Problem ist, das für die Zukunft wohl am schwersten zu lösen sein wird.

Mit dem Bedeutungsinhalt eines solchen Trends wurde damit betont auf jene „Überhitzungserscheinungen“ angespielt, wie sie in den letzten Jahren häufig nicht nur in Schweden, sondern auch in anderen, vor allem westeuropäischen Ländern zu beobachten gewesen sind. Tatsächlich wird die Richtigkeit dieser — in einem gewissen Maße neueren — Theorie der Konjunktur gerade in Schweden weitgehend bestätigt.

Allgemeine Krisenstimmung

Etwa Ende Oktober / Anfang November letzten Jahres sah es in Schweden um den Ablauf der Konjunktur keineswegs gut aus. Es gab verschiedene Gründe dafür: In der Holzveredelungsindustrie und u. a. auch in der Eisen- und Stahlindustrie wurden damals neue Kapazitäten erstellt, von denen niemand so recht wußte, wie sie bei rückläufiger Konjunkturtendenz an den Märkten untergebracht werden sollten. Erschwert wurde die Situation noch dadurch, daß in den gleichen Industriezweigen die vorhandenen Kapazitäten bereits Monate früher nur noch in höchst unzureichendem Maße ausgenutzt werden konnten.

Die Verbrauchsgütermärkte zeigten damals zwar nicht eine unbedingt stagnierende Entwicklung, aber das Wachstumstempo des Konsums der breiten Massen hatte sich doch — zwar relativ schnell vorübergehend — beträchtlich verlangsamt. Unter „Druck“ stand in den letzten Monaten des vorigen Jahres aber auch der schwedische Export, und zwar ausschließlich von der Preisseite her, während sich die Ausfuhrmengen — von Eisenerz abgesehen — zumindest behaupteten, teilweise sogar noch erhöhten.

Therapie: „Liquiditätsspritzen“

Obwohl das Gesamtbild der schwedischen Konjunkturentwicklung zu jener Zeit keineswegs einen bedrohlichen Charakter annahm — eine relativ höhere Ar-

beitslosigkeit war auch in früheren Jahren zu Beginn des Winters eingetreten —, griff die Regierung dennoch ein. Aus dem vor einigen Jahren angelegten Investitionsfonds, der aus Abschreibungsvergünstigungen sowie Steuermitteln gespeist wird, wurden zunächst einige hundert Millionen schwedische Kronen freigegeben; diese freigesetzten Mittel wurden dann im Laufe der Zeit durch geringere Beträge ergänzt. Gleichzeitig ließ die Sveriges Riksbank (Schwedens Reichsbank), die sonst stets auf die strenge Einhaltung der Liquiditätsvorschriften bedacht ist, den Privatbanken einen recht freien und weiten Spielraum für die Kreditvergabe an die Wirtschaft — vor allem auch an private Bauunternehmer und an den Baumarkt der öffentlichen Hand.

Nun ist es naturgemäß schwierig — vielleicht sogar unmöglich —, ein Urteil darüber abzugeben, ob und in welchem Maße diese „Spritzen“ tatsächlich auch den Ablauf der Konjunktur beeinflußt bzw. ihm eine Wendung zum Besseren gegeben haben. Nachweisbar ist, daß ein unmittelbarer Aufschwung nicht eingetreten ist, vielmehr hat es einiger Monate bedurft, bis der Umschwung zur Konjunkturerholung wirklich erkennbar wurde.

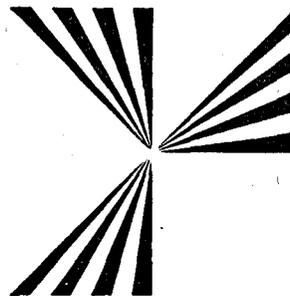
Sicher ist außerdem, daß in den ersten drei bis vier Monaten dieses Jahres Schwedens wirtschaftliche Lage ganz allgemein durch den langen und harten Winter in der denkbar ungünstigsten Weise beeinflußt worden ist. Schon um

die Jahreswende 1962/63 wies das Exportgeschäft deutliche Symptome der Belebung auf. Die neu hereinkommenden Aufträge — zu einem großen Teil auch noch Aufträge aus dem Jahre 1962 — konnten ganz einfach deshalb nicht realisiert und in Devisen umgemünzt werden, weil die Mehrzahl der nordschwedischen Häfen für Verschiffungen länger gesperrt waren, als das in normalen Jahren der Fall ist. Die schwedische Handelsbilanz schloß denn auch in der ersten Jahreshälfte 1963 mit einem exceptionell hohen Defizit ab, das — falls es dabei geblieben wäre — Schlimmes befürchten ließ.

„Incentives“ vom Baumarkt und Export

Die Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht — im Gegenteil. Anfang November 1963 wurde von dem Stockholmer Konjunkturinstitut der um diese Jahreszeit übliche Herbstbericht publiziert, der gewiß in den Beurteilungen sehr vorsichtig gehalten ist — das ist in Schweden jedoch stets so —, aus dem aber dennoch abzulesen ist, daß in Schweden eine neue Hochkonjunktur im Anmarsch ist! Natürlich hat auch dieser Bericht einige „Schönheitsfehler“. Die darin enthaltenen sogenannten „Zuwachsraten“ für den Konsum, die Investitionen, den Export, den Import usw. dieses Jahres haben vorläufig noch einen mehr hypothetischen Charakter und stimmen mit der Wirklichkeit nicht voll überein. Aber bis zum Jahresende werden diese Daten vermutlich noch eine Kor-

Fernsprechen Fernschreiben



SEL

Fernsprech- und Fernschreibtechnik · Anlagen und Geräte für Funk, Weitverkehr und Navigation · Rundfunk, Fernsehen, Phono · Signal-, Sicherungs- und Regeltechnik · Elektronische datenverarbeitende Systeme · Rohrpost- und Förderanlagen · Kabel und Leitungen · Elektrische und elektronische Bauelemente STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG STUTTGART

... die ganze Nachrichtentechnik

rektor erfahren — als abgerundeter Eindruck entsteht die Erwartung auf eine Hochkonjunktur für das Jahr 1964.

Die Anregungen gehen vom Export und vom Baumarkt aus. Die erwähnte schwächere Exportkonjunktur wurde inzwischen durch eine nachhaltige Belegung, besonders durch die Preisentwicklung, abgelöst. Es gibt jedoch eine Ausnahme: der Export von Eisenerz. Die Exportpreise des Eisenerzes für die Lieferungen im nächsten Jahr mußten für alle wichtigen Märkte etwas (um ca. 2%) reduziert werden, außerdem dürfte auch mit geringeren Abnahmen der Bezugsländer zu rechnen sein. Bei allen anderen großen Stapelerzeugnissen aber überwiegen Preiserhöhungen und steigende Liefermengen, was sich aller Wahrscheinlichkeit nach in Kürze in der tatsächlichen Gestaltung der schwedischen Ausfuhr niederschlagen wird.

GROSSBRITANNIEN: Höhere Effizienz neuer Methoden

Die Wirtschaft hat sich in England seit dem Frühjahr kräftig erholt. Die Industrieproduktion liegt etwa 5% über der des Vorjahres. Ausgehend vom Kraftfahrzeugbau (Personenwagen + 22%) und von der Bauwirtschaft (Zement + 8%) hat sich die Nachfrage von der Grundstoffindustrie (Stahl + 14%) bis zum Einzelhandel (+ 5%) belebt.

Konjunkturpolitik mit leichteren Waffen

Rohstoffvorräte werden aufgefüllt, mehr Industrieprojekte in Angriff genommen, selbst der Schiffbau hat eine Anzahl größerer Aufträge verbucht. Löhne und Preise sind weiter gestiegen, aber nicht übermäßig, und der Konsumkredit — in der Vergangenheit oft eine Gefahrenquelle — hat sich bisher wenig erhöht. Zum ersten Mal seit langer Zeit gibt es jetzt einen verheißungsvollen Konjunkturaufschwung ohne Anspannung der Zahlungsbilanz und ohne Preisinflation, und es besteht Hoffnung, daß er sich noch beschleunigen wird.

Der Baumarkt zeigt in Schweden ausgesprochene Tendenzen der Anspannung, die durch Knappheit an Arbeitskräften, durch Erhöhungen der Löhne außerhalb der Tarifverträge (das sogenannte Lohngleiten) und vor allem durch zunehmenden Kapitalmangel gekennzeichnet ist. An diesem letzten Punkt hat nun wieder die Reichsbank mit der Empfehlung an die Banken eingegriffen, in der Kreditgewährung wesentlich restriktiver zu verfahren, als sie es noch bis vor etwa drei Monaten taten.

Schwedens wirtschaftliche Situation ist zum Winteranfang in der Tat so gut, wie das zur gleichen Zeit in früheren Jahren niemals der Fall gewesen ist. Deshalb wäre es durchaus möglich, daß Generaldirektor Olsson unter Umständen schon recht bald in die Lage kommen kann, zu zeigen, daß die Wirtschaftspolitik in diesem Lande auch mit „guten Zeiten“ ebenso fertig wird wie mit schlechten! (dt.)

Zu dieser günstigen Entwicklung hat die Regierung durch ihre behutsame Politik beigetragen. Ein amtliches Gremium von Fachleuten — der Nationalrat für Wirtschaftsentwicklung — hat eine optimale Wachstumsrate errechnet, und die Regierung hat es faktisch als ihre Pflicht anerkannt, diesen Kompromiß zwischen dem Möglichen und Wünschenswerten zu verwirklichen. Selbst in der Einkommenspolitik, in der sich die Regierung am liebsten noch auf die Rolle des ehrlichen Maklers zwischen den Sozialpartnern beschränken möchte, hat der Staat eine erstrebenswerte Zuwachsrate sanktioniert; eine Nationale Einkommenskommission, die als Gutachter fungiert, stärkt — ähnlich wie der Nationalrat für Wirtschaftsentwicklung — der Regierung den Rücken.

Wird also die Ausschaltung von Konjunkturschwankungen heute als Pflichtaufgabe der staatlichen Organe anerkannt, so hat sich auch in der Methodik der Konjunkturpolitik manches geändert. Diskontsatzserhöhungen und direkte Kre-

ditrestriktionen haben sich als zu schwere Waffen der Konjunkturbremsung erwiesen. Kaufsteuerzuschläge wirken außerdem auch noch zu langsam und hatten mitunter den entgegengesetzten Effekt, weil hellhörige Konsumenten ihnen durch vorzeitige Bedarfsdeckung begegneten. Maßhalte-Reden schufen nur Unruhe beim Publikum, das — mit Recht oder Unrecht — den Eindruck gewann, die Regierung wolle ihm ihre eigenen Aufgaben aufhalsen; der gleiche Eindruck entstand vor allem auch bei ausländischen Beobachtern.

„Verfeinerte“ Geld- und Steuerpolitik

Auf monetärem Gebiet sind die britischen Behörden daher dazu übergegangen, statt offizielle Diskontsatzänderungen vorzunehmen, den Zinssatz für Tagesgelder über den Schatzwechselmarkt so zu manipulieren, daß er für kurzfristiges Geld aus dem Ausland gerade noch attraktiv ist, während die Zinssätze für normale Geschäftskredite weitgehend stabil bleiben. Das „heiße“ Geld aus dem Ausland hat den Vorteil, daß es billig ist. Sollte diese — im allgemeinen reichlich fließende — Kreditquelle versiegen, so will die Bank von England zunächst auf die Basler Vereinbarungen mit anderen Notenbanken, auf das Wechselabkommen mit den Vereinigten Staaten und auf ihre Kreditrechte beim Internationalen Währungsfonds zurückgreifen, Diskontsatzveränderungen dagegen möglichst vermeiden, wenn sie nur die Kosten in der englischen Wirtschaft erhöhen, aber gegen inflationären Druck erfahrungsgemäß wirkungslos sind.

Was Kreditrestriktionen anbelangt, so will man Beschränkungen im Teilzahlungsgeschäft und Anweisungen an die Großbanken, ihre Darlehen an Kunden zu kürzen, ebenfalls vermeiden. Die ersten werden doch oft umgangen, und die letzteren zwingen die Banken, die verschiedenen Kunden zu diskriminieren und dafür selber die Verantwortung zu übernehmen. Statt dieser Beschränkungen, die vor ein paar Jahren noch gang und gäbe waren, werden die Liquiditätsreserven der Großbanken von

Zeit zu Zeit durch Anweisung der Bank von England jeweils um 1% variiert — eine weniger drastische und doch durchaus wirksame Methode der Kreditschaffung bzw. -beschränkung.

Die Verfeinerung konjunkturpolitischer Eingriffe zeigt sich auch darin, daß Kaufsteuersätze jetzt selektiv verändert werden, um einen Anreiz für bestimmte Konsumgüter zu schaffen. So wurde der konjunkturell wichtigen Kraftfahrzeugindustrie durch Senkung der Kaufsteuer in zwei Etappen ein Ansporn gegeben. Die jüngste Einkommensteuersenkung war von dem Wunsch bestimmt, ein gewisses Maß zusätzlicher Kaufkraft hauptsächlich für Grundbedarfsgüter freizusetzen. Die richtige Dosierung und Zeitwahl ist bei Einkommen- und Verbrauchssteueränderungen besonders wichtig, aber aus fiskal-technischen Gründen nicht leicht.

Trotz problematischer Investitionstätigkeit . . .

Auf lange Sicht ist auf alle Fälle die Investitionstätigkeit wichtiger, aber Versuche, sie durch Steuererleichterungen zu fördern, waren in England wenig erfolgreich. Um der Stagnation im vorigen Jahr zu begegnen, autorisierte die Regierung deshalb stark erhöhte Investitionen im öffentlichen Sektor, der in Großbritannien auch wichtige Grundindustrien umfaßt. Hier stiegen die Investitionen 1963 um 20% und sollen 1964 um weitere 7% zunehmen.

Es erhebt sich aber die Frage, ob ein so hoher Kapitalaufwand im öffentlichen Sektor tragbar ist, wenn die private Investitionstätigkeit, wie erwartet, auch zunimmt. Einstweilen ist diese Frage nur theoretisch, aber wenn sie aktuell

wird, müssen wahrscheinlich sozialpolitisch wichtige Kapitalvorhaben, vor allem im Erziehungswesen, wieder hinausgeschoben werden, um die beschränkten Investitionsmittel auf die Produktionswirtschaft zu konzentrieren.

. . . und Sorgen im Außenhandel: Grünes Licht für Aufschwung

Ein ähnliches Dilemma ergibt sich für Großbritannien als exportintensives Land im Außenhandel. Jede Steigerung der Inlandsproduktion bringt eine Erhöhung des Importbedarfs mit sich, die durch größere Exporte wettzumachen ist. Dazu bedarf es aber erhöhter Kreditgewährung an die unterkapitalisierten Kunden aus Übersee. Wenn diesen der Zugang zu den City-Märkten erleichtert wird, muß sich London darauf verlassen können, daß eine solche Konzession dem britischen Export zugute kommt; sonst kann die Sterlingwährung nicht den doppelten Druck erhöhter Warenimporte und Kapitalexporte aus-

halten. Auch hier gehen die britischen Behörden vorerst sehr vorsichtig vor.

Wenn die Gefahr übermäßiger Lohnerhöhungen in vollbeschäftigten Wirtschaftszweigen vermieden wird und die konjunkturbegünstigten Industriebranchen dem Exportmarkt genug Aufmerksamkeit widmen, selbst wenn sie daheim leichter Profite erzielen können, sollte die Fortdauer der günstigen Konjunktur keine übermäßigen Schwierigkeiten bereiten. Es gibt noch ausreichende Arbeits- und Kapazitätsreserven in den meisten Produktionszweigen. Die Arbeitsproduktivität ist höher denn je, Englands Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wird durch befriedigende Ausfuhrziffern bestätigt, und die Problematik der „stop-go“-Politik ist so offensichtlich, daß die Regierung mit mehr Lohndisziplin seitens der Arbeitnehmer und stärkerer Exportinitiative der Unternehmer rechnen darf. (A)

USA: Konjunkturpolitik und staatliche Wirtschaftslenkung

Vollbeschäftigung und permanentes wirtschaftliches Wachstum sind die Leitmotive der Kennedy-Regierung, wie sie im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1960 als Programmpunkte der demokratischen Partei zum Ausdruck gebracht wurden. Die Erkenntnisse, daß autonome Konjunkturzyklen, in denen sich expansive und kontraktive Kräfte ablösen, nicht bestehen oder zumindest umgangen werden können, hat in den USA zu dem Axiom geführt, daß der Regierung die Aufgabe zufällt, Konjunkturpolitik zu treiben. In der Tat ergibt sich aus

der Erfahrung der Nachkriegszeit, daß eine Koordinierung der Maßnahmen zur Abwehr von konjunkturellen Schrumpfungstendenzen und zur Konvertierung in ein beschleunigtes Tempo der Expansion zwar nicht ausreicht, zyklische Konjunkturschwankungen zu beseitigen, jedoch dazu beiträgt, etwaige Rezessionsphasen zu entschärfen.

Gefährliche Konjunkturprognosen

Seit der Übernahme des Regierungsamtes durch Präsident Kennedy waren dirigistische Aktionen darauf abgestellt, einen rückläufigen

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
35 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

gen Wirtschaftsablauf zu verhüten, eine Preisstabilität sicherzustellen und damit inflationistischen Tendenzen entgegenzutreten und nicht zuletzt einen Vollbeschäftigungsgrad zu erreichen. Präsident Kennedy stützte sich bei seinen wirtschaftspolitischen Planungen auf die wissenschaftlichen Entwürfe des Wirtschaftsrates des Weißen Hauses und anderer Sachverständiger, die mit ihren Prognosen den voraussichtlichen Konjunkturverlauf abzutasten versuchten. Hätte der Präsident diesen Projektionen, deren Zuverlässigkeit in Frage steht, ein genügendes Maß von Skeptizismus entgegengebracht, wären Entscheidungen vermieden worden, die durch die Dynamik des Wirtschaftsverlaufs späterhin ad absurdum geführt wurden.

Gegen Ende des Kalenderjahres 1962 legte der Vorsitzende des Wirtschaftsrates des Weißen Hauses, Dr. Walter Heller, eine Prognose vor, die zu erkennen gab, daß die USA einer Rezessionsphase entgegengehen würden, falls nicht ein derartiger Trend durch staatliche Interventionen abgewendet werden kann.

Unter der Voraussetzung, daß die Steigerung oder Abnahme des Bruttosozialproduktes in beständigen Dollars als wichtigster Maßstab für das Wachstum bzw. die Verlangsamung des Wirtschaftsverlaufs anerkannt wird, haben die bisherigen Ergebnisse des Kalenderjahres 1963 die pessimistischen Voraussetzungen zunichte gemacht. Das Bruttosozialprodukt, das im Jahresdurchschnitt 1962 554,9 Mrd. \$ betragen hatte, erhöhte sich im ersten Quartal 1963 auf 571,8 Mrd. \$, im zweiten auf 579,6 Mrd. \$ und im dritten Quartal auf 587 Mrd. \$ p. a. Der industrielle Produktionsindex des Federal Reserve Board (1957/59 = 100) erhöhte sich, saisonbereinigt, von 118,7 im Jahresdurchschnitt 1962 auf 125,7 im September 1963. Diese beiden Statistiken sind ausreichend, um unter Beweis zu stellen, wie fragwürdig die wirtschaftswissenschaftliche Prognose ist, selbst wenn sie sich, wie dies heute der Fall ist, auf elektronische Datenverarbeitungsgeräte stützt.

conditio sine qua non: staatliche Korrekturmaßnahmen

Als Basis für den von der Kennedy-Verwaltung verfolgten Dirigismus dient das Gesetz des Jahres 1946, das die Bundesregierung verpflichtet, für die Zielsetzung einer Vollbeschäftigungspolitik Sorge zu tragen.

Seit seiner Verabschiedung waren die sich ablösenden Regierungen bestrebt, ihre wirtschaftspolitischen Planungen mit mehr oder minder großem Erfolg dem Geiste dieses Gesetzes anzupassen. Präsident Kennedy hat seine ursprünglichen Zusagen, den Erwerbslosenanteil bis Ende des Jahres 1962 auf 4% zu reduzieren, nicht erfüllen können. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtbeschäftigtenzahl betrug im September 1962 5,6% und verblieb im September 1963 auf dem gleichen Niveau. Die strukturelle Arbeitslosigkeit in der Industrie wurde vor allem durch die neuen arbeitseinsparenden Produktionsmethoden hervorgerufen. Die Automatisierung führte zu einer beträchtlichen Freisetzung von Arbeitskräften, insbesondere ungelearnter Arbeitskräfte, die oft nur unter großen Schwierigkeiten neue Beschäftigung finden konnten.

Angesichts der Rezessionsprognose des Wirtschaftsrates des Weißen Hauses wurde in Kreisen der Regierung Übereinstimmung darüber erzielt, daß Maßnahmen in die Wege geleitet werden müßten, das Wachstumstempo der Wirtschaft zu beschleunigen und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Um der Wirtschaft einen Auftrieb zu geben, brachte Präsident Kennedy im Kongreß ein Steuersenkungsgesetz ein, auf Grund dessen die persönlichen Einkommensteuern von bisher 20 bis 91% auf 14 bis 65% herabgesetzt werden sollen. Es wurde fernerhin geplant, die Körperschaftsteuer von 52% auf 47% zu senken. Trotz der wiederholten persönlichen Intervention des Präsidenten ist das Gesetz im Senatsfinanzausschuß festgefahren, der für eine unlimitierte Periode „hearings“ abzuhalten gedenkt. Sollte das Gesetz erst in der nächsten Sitzungsperiode des Kongres-

ses verabschiedet werden, würde es per 1. Januar 1964 rückwirkend in Kraft treten.

Um dem Störungsfaktor eines nahezu permanent gewordenen Zahlungsbilanzdefizits Rechnung zu tragen und exzessive kurzfristige Kapitalabwanderungen zu verhindern, hat die US-Regierung zwar nicht zu dem drastischen Mittel einer Devisenkontrolle gegriffen, sondern eine Zinsausgleichsteuer verfügt, durch die Ankäufe ausländischer Wertpapiere durch amerikanische Staatsbürger sowie ausländische Kapitalemissionen in den USA mit einer Steuer bis zu 15% des Wertes belegt werden. Auch diese Bestimmungen, die rückwirkend auf den Monat Juli 1963 erlassen wurden, harren noch der Genehmigung durch die Gesetzgeber. Nachdem im zweiten Jahresviertel 1963 ein überraschend hohes Zahlungsbilanzdefizit von mehr als 5 Mrd. \$ p. a. festgestellt wurde, konnte Finanzminister Douglas Dillon ankündigen, daß bereits die vorläufige Verfügung den Kapitalabfluß fast völlig eindämmen konnte, so daß im dritten Jahresviertel 1963 das Zahlungsbilanzdefizit auf weniger als 2 Mrd. \$ p. a. zurückging.

Besorgniserregende Preisbildung bei wichtigen Industriezweigen

Die Frage der Preisstabilität stellt eine ernste und stetige Sorge für das Weiße Haus und die Regierung dar. Die Preisbildung wird insbesondere bei den wichtigsten Industriezweigen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Obwohl die Stahlindustrie im Laufe der letzten Monate Preiserhöhungen vorgenommen hat, die etwa 35% des Produktionsprogrammes umfassen, hat Präsident Kennedy davon Abstand genommen, die drastische Intervention des Jahres 1962, die zu schwerwiegenden Divergenzen zwischen dem Staat und der Privatwirtschaft geführt hatten, zu wiederholen. Ein verschleierter Dirigismus ist jedoch darin zu erkennen, daß die Stahlwerke und deren Direktoren vor ein großes Schwurgericht in New York geladen wurden, das sich eingehend mit der Preispolitik dieses Industriezweiges und mit möglichen Preisabsprachen befassen wird.

Der allgemeine Verbraucherpreisindex (1957/59 = 100) ist von 101,5 Ende 1959 auf 107,1 im August 1963 nur mäßig angestiegen. Allerdings verdienen diese Statistiken insofern eine kritische Betrachtung, als sich der Index für alle Dienstleistungen beachtlich erhöht hat. Nach den kürzlich vorgenommenen Erhebungen haben aber die Aufwendungen der Verbraucherkreise gerade für Dienstleistungen in der abgelaufenen Dekade am stärksten zugenommen. Unter dienstleistenden Industrien werden in den USA Handel, Bank- und Kreditunternehmen, Versicherungsgesellschaften, Verkehrsunternehmen, Elektrizitäts- und Gaswerke, das Verkehrswesen sowie alle Unternehmungen des Gesundheitswesens, der Erziehung und der privaten und öffentlichen Wohlfahrt verstanden. In der letzten Kategorie sind auch Ausgaben für die Freizeit inbegriffen. Es ist bezeichnend, daß beispielsweise für die ärztliche Pflege der Index von 104,4 im Jahre 1959 auf 117,1 im August 1963 angewachsen ist, der für die Freizeit aufwendungen von 102,4 auf 112,1 in der vorgenannten Vergleichsperiode. Demgegenüber ist der Index für Großhandelspreise nahezu unverändert geblieben und belief sich 1959 auf 100,6 und im August 1963 auf 100,4. Präsident Kennedy hat im Weißen Haus einen Verbraucher-Beratungsausschuß eingesetzt und angedeutet, daß sich der Staat im Falle einer betont ansteigenden Kurve des Verbraucherpreisindex einschalten würde.

Staat und Gewerkschaften

Da die Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Stahlindustrie mit einem gütlichen Kompromiß endeten, bestand für die Regierung kein Anlaß zu einer Intervention. Die Verhandlungen, die bis zum Juli 1963 zwischen den Eisenbahngesellschaften und fünf Eisenbahngewerkschaften geführt wurden, vermochten trotz jahrelanger Bemühungen keine Einigung zu erzielen. Es handelte sich hierbei nicht nur um die Einführung neuer Arbeitsregeln, sondern auch um die progressive Entlassung von 45 000 überflüssigen Heizern bei Diesellokomotiven. Die sogenannten „feather-bedding“-Praktiken waren für die Eisenbahngesellschaften mit einem jährlichen Kostenaufwand von rund 600 Mill. \$ verbunden, der als untragbar angesehen wurde.

Um einen die Wirtschaft schädigenden Auszustand zu verhüten, sah sich Präsident Kennedy gezwungen, im Kongreß ein Dringlichkeitsgesetz einzubringen, auf Grund dessen beide Parteien gezwungen werden, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen. In den seither abgelaufenen drei Monaten ist es nicht gelungen, eine Entscheidung über den Schiedsspruch herbeizuführen.

Punktuelle Dirigismus

Angesichts der primären Bedeutung, die der Exporttätigkeit für eine Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits zukommt, wurden die staatlichen Bestrebungen nach

einer Erhöhung des Ausfuhrvolumens mit denen der Privatwirtschaft koordiniert. Der derzeitige Anteil der US-Exporte an dem Bruttosozialprodukt ist auf 4% beschränkt, und die Beteiligung der exporttätigen Firmen bewegt sich, gemessen an der Zahl aller Industrieunternehmen, auf dem gleichen Niveau. Bis dato hat sich der Staat mehr oder weniger mit einer indirekten Unterstützung der Exportwirtschaft begnügt, jedoch wird z. Z. in Erwägung gezogen, ob durch Steuervergünstigungen den in Frage kommenden Unternehmen eine direkte und konkrete Förderung gewährt werden kann. Trotz einer 3%igen Zunahme der US-Exporte wird der Ausfuhrüberschuß im Kalenderjahr 1963 kaum eine Erhöhung erfahren, da gleichzeitig die Importe um rund 5% angewachsen sind.

Auch eine freie Marktwirtschaft benötigt bis zu einem gewissen Grade eine staatliche Lenkung. Da in Zeiten einer Rezession die Intervention des Staates als eine Selbstverständlichkeit angesehen wird, sollte sie ihr auch in einer Phase der Hochkonjunktur nicht abgesprochen werden. Dies bedeutet nicht, daß störende Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess gebilligt werden sollen; eine Mithilfe von Regierungsplanungen erscheint aber vor allem dann ein unbedingtes Erfordernis, wenn die freie Marktwirtschaft nicht aus eigener Initiative heraus in der Lage ist, die gesteckten Ziele zu erreichen. (E. B.)

Die DEUTSCHE BUNDESBAHN

befördert jedes Gut jeder Zeit

- Moderne Güterwagen, auch für schwerste Güter
- Großbehälter verschiedener Art
- Paletten für rationellen Versand
- Güterkraftverkehr

sind nur einige der von ihr gebotenen Möglichkeiten.

Darum



- Transport Ihr Vorteil

Bundesbahndirektion Hamburg